

**Satzung des Kreises Ostholstein
über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Tätigkeiten und
Leistungen des Gutachterausschusses für Grundstückswerte
im Kreis Ostholstein**

Aufgrund des § 4 der Kreisordnung (KrO) für Schleswig-Holstein und der §§ 1 u. 5 des Kommunalabgabengesetzes – KAG – wird nach Beschlussfassung durch den Kreistag vom 6.12.2005 folgende Satzung erlassen:

**§ 1
Gegenstand der Gebühr**

(1) Für die in der anliegenden Gebührentabelle aufgeführten Leistungen oder sonstigen Tätigkeiten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Ostholstein, die von dem Beteiligten beantragt oder sonst von ihm im eigenen Interesse veranlasst werden, sind Verwaltungsgebühren nach dieser Gebührensatzung zu entrichten.

(2) Die im Zusammenhang mit der Leistung oder sonstigen Tätigkeiten entstandenen Auslagen sind in der Gebühr enthalten, wenn sie nicht nach § 5 Abs. 5 KAG erstattungsfähig sind.

Die erstattungsfähigen Auslagen werden auch gefordert, wenn für die Leistung selbst keine Gebühr erhoben wird. Auslagen können auch über Auslagenpauschalen (z.B. für Reisekosten der Ausschussmitglieder oder Fotos) festgelegt werden. Sind Auslagenpauschalen nach den örtlichen Erfordernissen gebildet worden, sind diese in der Anlage aufgeführt.

**§ 2
Gebührenfreie Leistungen**

Gebührenfrei sind:

1. mündliche Auskünfte
2. schriftliche Auskünfte, die nach Art und Umfang und unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes oder ihres sonstigen Nutzens für den Anfragenden eine Gegenleistung nicht erfordern,
3. Leistungen, deren gebührenfreie Vornahme gesetzlich vorgeschrieben ist,
4. Gebührenentscheidungen.

§ 3 Gebührenbefreiung

(1) Von Verwaltungsgebühren sind entsprechend § 5 Abs. 6 KAG befreit:

a) die Gemeinden, Kreise und Ämter, sofern die Amtshandlung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft,

b) Körperschaften, Vereinigungen und Stiftungen, die gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts dienen, soweit die Angelegenheit nicht einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb betrifft; die steuerrechtliche Behandlung als gemeinnützig oder mildtätig ist durch eine Bescheinigung des Finanzamtes (Freistellungsbescheinigung oder sonstige Bestätigung) nachzuweisen,

c) Kirchen, sonstige Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen, die die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben.

(2) Die Gebührenfreiheit nach Abs. 1 besteht nur, wenn die gebührenpflichtige Verwaltungsleistung notwendig ist, um Aufgaben zu erfüllen, die den in Abs. 1 Genannten nach ihren Satzungen oder ihren sonstigen Rechtsvorschriften obliegen und, soweit sie nicht berechtigt sind, die Verwaltungsgebühr Dritten aufzuerlegen.

§ 4 Höhe der Gebühren / Umsatzsteuer

(1) Die Höhe der Gebühren richtet sich nach der anliegenden Gebührentabelle, die Bestandteil der Satzung ist.

(2) Soweit für den Ansatz der Gebühr ein Spielraum gelassen wird, ist die Höhe der Gebühr unter Berücksichtigung der Bedeutung, des wirtschaftlichen Wertes oder des sonstigen Nutzens für den Gebührenpflichtigen und des Umfangs, der Schwierigkeit und des Zeitaufwandes für die Leistung festzusetzen.

(3) In den Gebühren ist die Umsatzsteuer nicht enthalten; bei umsatzsteuerpflichtigen Amtshandlungen und Leistungen ist sie dem Kostenpflichtigen in Rechnung zu stellen. Die anfallende Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 5
**Gebühr bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen
und bei Widersprüchen gegen Kostenentscheidungen**

(1) Wird ein Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Verwaltungsgebühr erhoben. Dasselbe gilt bei Rücknahme eines Antrages, wenn mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen ist.

(2) Sofern mit der sachlichen Bearbeitung des Antrages bereits begonnen worden ist, wird je nach dem Stand der Bearbeitung eine Gebühr in Höhe von 10% bis 75% der vollen Gebühr, bei der Erstattung von Gutachten jedoch mindestens 50,00 Euro erhoben.

(3) Die vorgesehene Verwaltungsgebühr ermäßigt sich um ein Viertel, wenn
ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird
oder
eine Leistung zurückgenommen oder widerrufen wird.

(4) Widerspruchsverfahren in Gebühren- und Auslagenerstattungsangelegenheiten sind gebührenfrei.

§ 6
Kostengläubiger

Kostengläubiger ist der Kreis Ostholstein.

§ 7
Kostenschuldner

Zur Zahlung der Gebühr und zur Erstattung von Auslagen ist verpflichtet, wer die Leistung beantragt oder veranlasst hat oder die Kosten durch eine ausdrückliche Erklärung übernommen hat. Mehrere Gebührenpflichtige haften gesamtschuldnerisch.

§ 8

Entstehung der Gebühren- und Erstattungspflicht und Fälligkeit

(1) Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang, im Übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Leistung.

(2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages, in den Fällen des § 5 Abs. 5 Nr. 5 Halbsatz 2 und Nr. 7 Halbsatz 2 KAG mit der Beendigung der kostenpflichtigen Amtshandlung.

(3) Die Gebühr und die Auslagenerstattung werden fällig, wenn die Leistung unbeschadet des § 5 dieser Satzung vollendet ist.

(4) Die Antragsbearbeitung kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

(5) Der Gebührenpflichtige soll möglichst vor der Leistung auf die Gebührenpflicht hingewiesen werden.

§ 9

Personenbezeichnung

Die Bezeichnung von Personen in dieser Satzung gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Gebührensatzung tritt am 01.01.2006 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 12.12.2000 mit den dazu ergangenen Änderungssatzungen außer Kraft.

Ausgefertigt:

Eutin, den 8.12.2005

Kreis Ostholstein
Der Landrat
Fachdienst Grundstücks-
und Gebäudeservice

Reinhard Sager
Landrat

Anlage zur Satzung des Kreises Ostholstein über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Tätigkeiten und Leistungen des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Ostholstein vom 8.12.2005

Gebührentarif

Tarifstelle	Gegenstand	Gebühr
1	Erstattung von Gutachten	
1.1	über unbebaute Grundstücke sowie über den Bodenwertanteil eines bebauten Grundstücks, falls die Ermittlung des Gebäudewertes zur Erstellung des Gutachtens nicht erforderlich ist	Auf der Basis des Wertes des (rechtlich) unbelasteten Grundstücks Staffel A
1.2	über bebaute Grundstücke	Auf der Basis des Wertes des (rechtlich) unbelasteten Grundstücks Staffel B
1.3	über den Verkehrswert von Rechten an Grundstücken	Staffel B
1.4	über die Höhe von Entschädigungen für andere Vermögensvor- und -nachteile (§193 Abs. 2 BauGB)	Staffel B
1.5	für über den üblichen Rahmen hinausgehenden Mehraufwand (wie fehlende oder nicht verwertbare Bauunterlagen, Zustand des Bewertungsobjektes, besondere rechtliche Gegebenheiten) oder für Minderaufwand (z.B. Bewertung mehrerer gleichartiger Gebäude)	für den Mehraufwand 5 - 50 % Zuschlag der Staffel A / B; für den Minderaufwand 5 – 50% Abschlag der Staffel A / B
1.6	Zeitliche Anpassung eines vom Gutachterausschuss erstatteten Gutachtens bei gleichbleibenden wertbeeinflussenden Merkmalen	5 – 50 % der Staffel A / B
1.7	Sind in einem Gutachten mehrere Werte (unterschiedliche Qualitätsmerkmale, verschiedene Wertermittlungsstichtage) zu ermitteln, so ist die Gebühr für die Ermittlung des höchsten Wertes nach den Tarifstellen 1.1 bis 1.4 zu erheben. Für die Ermittlung der übrigen Werte ist je eine Gebühr von 50 v.H. dieser Gebühr, höchstens von 770 Euro, zu erheben.	
1.8	Über Miete und Pacht und den ortsüblichen Pachtzins (z.B. nach §5 Bundeskleingartengesetz)	300 – 1.000 Euro

2	Auskünfte und Auszüge aus dem Nachweis der Bodenrichtwerte	
2.1	Mündliche Bodenrichtwertauskunft	gebührenfrei
2.2	Schriftliche Bodenrichtwertauskunft für den ersten Bodenrichtwert je weiterer Bodenrichtwert	25 Euro 3 Euro
2.3	Auszug aus der Bodenrichtwertkarte inklusive Legende	25 Euro
2.4	Bodenrichtwertkarte und Übersichten über die Bodenrichtwerte	25 – 80 Euro
2.5	Bodenrichtwertkarten für den gesamten Bereich eines Gutachterausschusses	25 – 500 Euro
2.6	Bodenrichtwertkarte als digitale Daten	100 % von 2.4 bzw. 2.5
3	Erteilung von Auskünften aus der Kaufpreissammlung	
3.1	Grundgebühr	25 Euro
3.2	Zzgl. Gebühr je Kauffall	3 Euro
4	Auswertungen aus der Kaufpreissammlung (summarische Auskünfte)	
4.1	Für die erste Stichprobe für jede weitere Stichprobe aus der gleichen Datenmenge	25 Euro 10 Euro
5	Grundstücksmarktbericht	
5.1	je Exemplar	25 – 80 Euro

Auslagen gem. § 1 (2) der Satzung

1	Auslagenpauschalen für Ausschussmitglieder	Auslagen
	Für Reisekostenaufwand incl. Fahrtkosten	20 – 50 Euro je Mitglied
	Für Fotos	1 Euro je Foto

Gebührentarif

Staffel A für unbebaute Grundstücke:

Wert in €				Gebühr in €	
	bis	75.000		3,8 v.T. des Wertes zuzüglich	350
über	75.000	bis	125.000	3,0 v.T. des Wertes zuzüglich	410
über	125.000	bis	250.000	2,7 v.T. des Wertes zuzüglich	450
über	250.000	bis	500.000	1,0 v.T. des Wertes zuzüglich	875
über			500.000	0,7 v.T. des Wertes zuzüglich	1.025

Staffel B für bebaute Grundstücke:

Wert in €				Gebühr in €	
	bis	75.000		4,5 v.T. des Wertes zuzüglich	450
über	75.000	bis	125.000	4,0 v.T. des Wertes zuzüglich	490
über	125.000	bis	250.000	3,5 v.T. des Wertes zuzüglich	555
über	250.000	bis	500.000	1,5 v.T. des Wertes zuzüglich	1.055
über	500.000	bis	2.500.000	1,0 v.T. des Wertes zuzüglich	1.305
über			2.500.000	0,6 v.T. des Wertes zuzüglich	2.300